



Union verständigt sich auf Gesundheitskompromiß

BLZK-Vollversammlung fordert echte Strukturreform

Nach monatelangem Gezerre haben sich CDU und CSU nun auf einen Kompromiß zur Neustrukturierung der Beitragseinnahmen in der Gesetzlichen Krankenversicherung verständigt. Ob damit eine echte Strukturreform, wie von der Vollversammlung der Bayerischen Landeszahnärztekammer im Oktober gefordert, eingeleitet wird, läßt sich frühestens nach der nächsten Bundestagswahl entscheiden. Bis dahin bleibt der jetzt erzielte Kompromiß nur ein Blatt Papier.

Noch während der unionsinternen Auseinandersetzungen hatten sich die Delegierten der BLZK direkt an den Bayerischen Ministerpräsidenten *Dr. Edmund Stoiber* gewandt und echte Strukturreformen im Gesundheitssystem gefordert. Dazu zähle auch die Ausgliederung der Zahnheilkunde aus dem Leistungskatalog der Gesetzlichen Krankenversicherung. Eine Politik, so heißt es in der einstimmig verabschiedeten Resolution, welche die Gesundheitsförderung und -versorgung der Bürger im wesentlichen als Kostenfaktor sieht und die Gesundheitsberufe in die „Geiselnhaft staatlicher Preisdiktate“ nimmt, werde dem Anspruch auf ein qualitativ hochwertiges Gesundheitssystem nicht gerecht.

Parlament der Zahnärzte fordert echte Strukturreformen

Statt einer Pflichtversicherung forderte das Parlament der bayerischen Zahnärzte die Einführung einer Versicherungspflicht für Unfälle und Schwersterkrankungen im Mund-, Kiefer-, Gesichtsbereich. An die Adresse des CSU-Vorsitzenden gewandt heißt es weiter: „Setzen Sie sich ein für eine echte Strukturreform der Gesetzlichen Krankenversicherung, welche die Eigenverantwortung des Bürgers stärkt, die Transparenz erhöht und den Wettbewerb fördert. Die Wahlfreiheit zwischen dem Sachleistungsprinzip und einem sektoralen Kosten-

erstattungsprinzip ist hierzu ein wichtiger Schritt.“

Gegen Bürgerversicherung und Einheitskasse

Zu den wichtigen Forderungen der Zahnärzteschaft zählt seit Jahren eine umfassende Novellierung der Gebührenordnung (GOZ). Dabei muß das autonome Arzt-Patientenverhältnis bei Leistungs- und Honorarvereinbarung im Mittelpunkt stehen. Auch diese Forderung bekräftigte die Vollversammlung. Außerdem sprachen sich die Delegierten gegen die von der Bundesregierung favorisierte sogenannte Bürgerversicherung aus. Die Alternative zur Einheitskasse sei mehr Wettbewerb in der Gesetzlichen wie auch in der Privaten Krankenversicherung.

Gesundheitsreform ist gescheitert

Die im Jahr 2003 beschlossene Gesundheitsreform ist nach Einschätzung der Zahnärzteschaft gescheitert. Weder sinken die Krankenkassenbeiträge noch hat das GKV-Modernisierungsgesetz (GMG) zu einer höheren Versorgungsqualität geführt. Patienten und Gesundheitsberufe sind die Verlierer dieser Reform. Statt auf Eigenverantwortung und Wettbewerb, auf Transparenz und Leistung zu setzen, verliert das deutsche Gesundheitswesen durch Bürokratisierung und Behandlungseinschränkungen an Qualität.

Unnötig erschwert wird die Umsetzung des Kostenerstattungsprinzips, das alleine die politische Forderung nach mehr Transparenz im System der Gesetzlichen Krankenversicherung erfüllt. „Wer die Kostenerstattung deutscher Patienten für Behandlungen im benachbarten europäischen Ausland fördert, diese Wahlmöglichkeit im eigenen Lande jedoch erschwert, schwächt den Standort Deutschland auf einem der wichtigsten Zukunftsmärkte und hält an einem System fest, das nicht europatauglich ist.“

Rechtsanwalt Peter Knüpper,
Hauptgeschäftsführer der BLZK